



Kiel, 29. Januar 2018

Nr. 021/2018

Thomas Rother:

Den Ankündigungen der Landesregierung müssen Taten folgen!

Zur Vorlage des Personalstruktur- und Managementberichts 2017 (Berichtsjahr 2016) erklärt Thomas Rother, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für den öffentlichen Dienst:

„Die Schwerpunktsetzung des Personalstruktur- und Managementberichts 2017 wurde mit den Themen: Gleichstellung, Diversity, Inklusion und dem betrieblichen Gesundheitsmanagement richtig gewählt. Der Bericht zeigt auf, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement in den kommenden Jahren optimiert werden muss. Der Krankenstand der Landesverwaltung beträgt laut vorliegendem Bericht 6,8% - ein hoher Wert. Um hier Vergleichbarkeit mit dem bundesweiten Krankenstand laut Auswertung der gesetzlichen Krankenversicherungen herzustellen, muss der Wert für mehr als 3 Tage herangezogen werden. Dabei liegt der Krankenstand in der Landesverwaltung bei 5,3%. Der Durchschnitt in Deutschland beträgt einen Prozentpunkt weniger und liegt bei 4,3%. Es besteht also sichtbar Handlungsbedarf.

Beim Thema Gleichstellung wird deutlich, dass die Unterschiede in den Beschäftigungsverhältnissen von Männern und Frauen immer noch immens sind. Über die Hälfte der Frauen in der Landesverwaltung sind heute teilzeitbeschäftigt, während rund 85% der Männer in Vollzeit-Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Es muss dafür gesorgt werden, dass Frauen die Rückkehr in ein Vollzeitarbeitsverhältnis erleichtert wird.

Auch der im Berichtsjahr steigende Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse ist insbesondere in der mittelbaren Landesverwaltung mit mittlerweile fast 60% deutlich zu hoch. Dies widerspricht unserer Auffassung von guter Arbeit.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Es müssen wieder mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Das bietet nicht nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine sichere Perspektive, sondern erhöht auch die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber.

Die Zahl des lebensjüngeren Landespersonals ist gegenüber der Zahl des lebensälteren Landespersonals im Berichtsjahr gestiegen. Das ist dringend notwendig, denn in den nächsten 10 Jahren gehen über ein Viertel aller Landesbeschäftigten in den Ruhestand. Allerdings sieht die Planung im Bereich der Ausbildung keine höhere, sondern eine stagnierende Aktivität bei der Einstellung von Nachwuchskräften vor. Hinsichtlich der Tatsache, dass im vergangenen Jahr im Land über 6.200 registrierte Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz geblieben sind und das Landespersonal in der Altersstruktur in den kommenden Jahren vor einem Umbruch steht, muss hier mehr getan werden: das heißt auch mehr Ausbildungen in der Landesverwaltung – auch mit Angeboten für leistungsschwächere Bewerber. Denn: eine gute Ausbildungssituation wirkt nicht nur gegen den Fachkräftemangel, sondern sorgt auch für eine gleichmäßige demographische Struktur und eine starke Landesverwaltung die für ihre Bürgerinnen und Bürger da ist. Ein Thema, das im Bericht nur in einem Nebensatz behandelt wird, ist die Aufnahme von lebensälterem Personal in Beschäftigungsverhältnisse der Landesverwaltung. Gerade in Hinblick auf den erwähnten Fachkräftemangel und die Konkurrenzsituation zwischen den Arbeitgebern im Land ist dies eine Möglichkeit, die genutzt werden sollte.

Leider fehlt im Bericht eine eingehende strukturelle Bedarfsanalyse sowie Managementkonzepte, die sich daraus ergeben: Wie entwickelt sich der öffentliche Dienst insgesamt weiter? Welche strukturellen Veränderungen stehen bevor? Welche Maßnahmen müssen heute ergriffen werden, um morgen erfolgreich zu sein? Diese Fragen müssen von der Landesregierung rasch beantwortet werden. Den Ankündigungen müssen Taten folgen.“